

62/238. Besondere Themen im Zusammenhang mit dem Entwurf des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 2008-2009

Die Generalversammlung,

I

Internationales Handelszentrum UNCTAD/WTO

nach Behandlung der Programmhaushaltsvorschläge für das Internationale Handelszentrum UNCTAD/WTO für den Zweijahreszeitraum 2008-2009⁸⁴ und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen⁸⁵,

1. *schließt sich* den Schlussfolgerungen und Empfehlungen in dem Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen⁸⁵ an;

2. *beschließt*, die in Kapitel 13 (Internationales Handelszentrum UNCTAD/WTO) des Entwurfs des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 2008-2009 vorgeschlagenen Mittel in Höhe von 28.099.800 US-Dollar (zu einem Wechselkurs von 1,2 Schweizer Franken je 1 Dollar) zu bewilligen;

II

Verwaltungskosten des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen

nach Behandlung des Berichts des Gemeinsamen Rates für das Pensionswesen der Vereinten Nationen über die Verwaltungsausgaben des G1 Tenn(s)]TJt(d)4.12.9.1084 TDst(12.9)o.1(n)4nedi fñnten ,

1. hanr Vee inrwalt BeFondsü

3. *stellt fest*, dass die Bestimmung betreffend den Mittelbedarf des Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau in dem Bericht des Fünften Ausschusses an die Generalversammlung über die Auswirkungen des Resolutionsentwurfs über das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau auf den Programmbereich⁹³ behandelt wird;

V

Haushaltsvoranschläge für besondere politische Missionen, Gute-Dienste-Missionen und andere von der Generalversammlung und/oder vom Sicherheitsrat genehmigte politische Initiativen

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Haushaltsvoranschläge für besondere politische Missionen, Gute-Dienste-Missionen und andere von der Generalversammlung und/oder dem Sicherheitsrat genehmigte politische Initiativen⁹⁴ und des entsprechenden Berichts des Bera-

wiederaufgenommenen zweiundsechzigsten Tagung vorzulegen;

16. *beschließt*, den Gesamtbetrag der für den Zweijahreszeitraum 2008-2009 veranschlagten Mittel für besondere politische Missionen um 200.150.000 Dollar zu verringern;

17. *billigt* die in Tabelle 1 des Berichts des Generalsekretärs⁹⁸ aufgeführten Haushaltspläne der 26 von der Generalversammlung und/oder dem Sicherheitsrat genehmigten besonderen politischen Missionen in Höhe von insgesamt 386.587.300 Dollar;

18. *billigt außerdem* die Verbuchung von insgesamt 386.587.300 Dollar netto zu Lasten der in Kapitel 3 (Politische Angelegenheiten) des Entwurfs des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 2008-2009 beantragten Mittel für besondere politische Missionen;

VI

Revidierte Ansätze auf Grund der vom Menschenrechtsrat verabschiedeten Resolutionen und Beschlüsse

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die revidierten Ansätze für die Kapitel 2, 23, 27, 28E und 35 und Einnahmenkapitel 1 des Programmhaushaltsplans für den

und darüber hinaus der international vereinbarten Entwicklungsziele, die zusätzliche finanzielle und technische Verpflichtungen darstellen, behilflich zu sein,

betonend, dass die vorgeschrieben

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs¹⁰⁸ und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen¹⁰⁹,

1. *nimmt mit Anerkennung Kenntnis* von den Anstrengungen, die die Regierung Österreichs als Gastland unternimmt, um Konferenzeinrichtungen im Internationalen Zentrum Wien zu bauen;

2. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs¹⁰⁸ und schließt sich den entsprechenden Bemerkungen und Empfehlungen in dem Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen¹⁰⁹ an;

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs¹¹²;

2. *schließt sich*

XI

Zusatzabkommen zwischen den Vereinten Nationen und der Carnegie-Stiftung betreffend die Nutzung des Friedenspalastes in Den Haag

unter Hinweis auf Abschnitt VII ihrer Resolution 52/222 vom 22. Dezember 1997,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über das Zusatzabkommen zwischen den Vereinten Nationen und der Carnegie-Stiftung betreffend die Nutzung des Friedenspalastes in Den Haag¹¹⁰ und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen¹¹¹,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs¹¹⁰;

2. *schließt sich* den Schlussfolgerungen und Empfehlungen in dem Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen¹¹¹ an;

3. *billigt* die im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs enthaltenen Änderungen des Zusatzabkommens;

XII

Finanzlage des Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstituts zur Förderung der Frau

unter Hinweis auf Abschnitt II ihrer Resolution 61/273 vom 29. Juni 2007,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Finanzlage des Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstituts zur Förderung der Frau¹¹² und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen¹¹³,

2. *nimmt außerdem Kenntnis* von den Schlussfolgerungen und Empfehlungen in dem Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen¹¹⁷;

3. *nimmt ferner Kenntnis* von den Ziffern 9 bis 11 des Berichts des Generalsekretärs und ersucht den Generalsekretär, auch weiterhin andere Maßnahmen als die Bildung einer Rückstellung für Eventualverbindlichkeiten zu treffen, um die Risiken, denen die Postverwaltung der Vereinten Nationen durch Massensendungen ausgesetzt ist, zu beseitigen, und der Generalversammlung auf ihrer dreiundsechzigsten Tagung über die erzielten Fortschritte Bericht zu erstatten;

4. *beschließt*, auf ihrer dreiundsechzigsten Tagung die Bildung einer Rückstellung für Eventualverbindlichkeiten der Postverwaltung der Vereinten Nationen als Lösungsmöglichkeit zur Verringerung des Risikos, dem die Postverwaltung durch die Nutzung ihrer Dienste für Werbepost und Massendruckachen ausgesetzt ist, auf der Grundlage etwaiger künftiger Empfehlungen des Rates der Rechnungsprüfer und vom Generalsekretär diesbezüglich vorgelegter aktueller Informationen zu prüfen;

XV

Anspruchsberechtigung bei Flugreisen

unter Hinweis auf ihre Resolution 42/214 vom 21. Dezember 1987, Abschnitt IV Ziffer 14 ihrer Resolution 53/214 vom 18. Dezember 1998 und Abschnitt IV ihrer Resolution 60/255 vom 8. Mai 2006,

nach Behandlung der Berichte des Generalsekretärs über die Anspruchsberechtigung bei Flugreisen und über die Überprüfung der Anspruchsberechtigung bei Dienstreisen und der Kostenerstattungen für Bedienstete und Mitglieder der Organe und Nebenorgane der Vereinten Nationen und der Stellen des Systems der Vereinten Nationen¹¹⁸, des Berichts der Gemeinsamen Inspektionsgruppe über die Harmonisierung der Dienstreiseregulungen im System der Vereinten Nationen¹¹⁹, der Mitteilung des Generalsekretärs zur Übermittlung seiner Stellungnahmen sowie der Stellungnahmen des Koordinierungsrats der Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen zu diesem Bericht¹²⁰ und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen¹²¹,

1. *nimmt Kenntnis* von den Berichten des Generalsekretärs¹¹⁸;

2. *nimmt außerdem Kenntnis* von dem Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe über die Harmonisierung der Dienstreiseregulungen im System der Vereinten Nationen¹¹⁹ und der Mitteilung des Generalsekretärs zur Übermittlung

seiner Stellungnahmen sowie der Stellungnahmen des Koordinierungsrats der Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen zu diesem Bericht¹²⁰;

3. *schließt sich* vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Resolution den Schlussfolgerungen und Empfehlungen in den Berichten des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen¹²² an;

4. *nimmt Kenntnis* von der Empfehlung in Ziffer 7 des Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen¹²¹;

5. *ersucht* den Generalsekretär in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rates der Leiter, auf der Grundlage einer Überprüfung sowie von Vorschlägen des Rates der Leiter darüber Bericht zu erstatten, ob es praktikabel ist, die Anspruchsberechtigung bei Dienstreisen für Bedienstete und Mitglieder der Organe und Nebenorgane der Vereinten Nationen und der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen zu harmonisieren, und dabei die Besonderheiten der Arbeit und der Mandate der verschiedenen Stellen des Systems gebührend zu berücksichtigen;

XVI

Außerordentlicher Reservefonds

nimmt davon Kenntnis, dass der außerordentliche Reservefonds einen Ausgabenrest von 12.191.000 Dollar ausweist¹²³;

XVII

Auswirkungen von Wechselkurs- und Inflationsschwankungen

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die revidierten Ansätze auf Grund der Auswirkungen von Wechselkurs- und Inflationsschwankungen¹²⁴ und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen¹²⁵,

nimmt Kenntnis von den revidierten Ansätzen, die sich aus der Neukalkulation auf Grund der Auswirkungen von Wechselkurs- und Inflationsschwankungen ergeben;

XVIII

Gemeinsame Inspektionsgruppe

billigt für die Gemeinsame Inspektionsgruppe für den Zweijahreszeitraum 2008-2009 einen Bruttohaushalt in Höhe von 11.633.000 Dollar;

¹¹⁸ A/61/188 und Corr.1 und A/61/801.

¹¹⁹ Siehe A/60/78.

¹²⁰ A/60/78/Add.1.

¹²¹ A/61/661.

¹²² A/61/661 und A/62/351.

¹²³ Siehe A/C.5/62/22.

¹²⁴ A/62/587.

¹²⁵

XIX

Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst

billigt für die Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst für den Zweijahreszeitraum 2008-2009 einen Bruttohaushalt in Höhe von 17.777.000 Dollar;

XX

Interne Rechtspflege

unter Hinweis auf ihre Resolution 62/228 vom 22. Dezember 2007 über die interne Rechtspflege bei den Vereinten Nationen,

1. *beschließt*, im Rahmen des Programmhaushaltsplans für den Zweijahreszeitraum 2008-2009 einen Gesamtbetrag von 17.010.200 Dollar zu genehmigen, der eine Erhöhung beinhaltet und sich folgendermaßen zusammensetzt: 11.860.400 Dollar in Kapitel 1 (Allgemeine Politik, Gesamtleitung und Koordinierung), 1.737.300 Dollar in Kapitel 2 (Angelegenheiten der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats sowie Konferenzmanagement), 41.300 Dollar in Kapitel 17 (Wirtschaftliche und soziale Ent-